Bezugspreis:
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 540. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 540 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postämter, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Postscheckkonto Nr. 24 bei der OA.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis
Die einspaltige Petitzeile ob. deren Raum i. Bezirk 18.- ℳ, außerhalb desselben 20.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 10 Mk. Reklame-Zeile 50 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 267. | Neuenbürg, Dienstag, den 14. November 1922. | 80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Nov. Im Finanzausschuß machte die Regierung Mitteilung über die zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium geplante Regelung der Brennholzversorgung. Demnach soll eine Notstandsversorgung durchgeführt werden, mittels welcher 1 Million Raummeter Brennholz vom Staat, Gemeinden und Privat-Waldungen aufgebracht werden sollen. Eine Versandkontrolle soll der Verhinderung der Brennholzausfuhr dienen, ebenso ein zeitweises Verbot öffentlicher Holzversteigerung. Nach längerer Beratung wurde der Holzversorgungsplan der beteiligten Ministerien zur Kenntnis genommen.

Weimar, 13. Nov. In Thüringen sind, wie verlautet, Bestrebungen im Gange, um eine Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Landbund zu bilden.

Dresden, 13. Nov. Der Landesarbeits-Ausschuß, die Landtagsfraktion, die Bezirksvorstände und der Vertreter der Parteipresse der sächsischen Sozialdemokratie haben in ihrer Sitzung am 10. d. Mts. beschlossen, die Kommunisten aufzufordern, unter Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung in die Regierung einzutreten.

Ein verfehlter Entwurf.

Stuttgart, 13. Nov. Der Entwurf eines Gesetzes über die Stillegung und den Abbruch gewerblicher Betriebe sowie über die Streckung der Arbeit (Stillegungsgesetz) war Gegenstand einer Erörterung in der am 8. und 9. November abgehaltenen Vertreterkonferenz des württ. Handelskammertags. Mit dem Entwurf ist beabsichtigt, zwei in der bisherigen Demobilmachungsgesetzgebung getrennte Materien, nämlich die Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegung vom 8. 11. 1920 und die Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 12. 2. 1920 zusammenzufassen und in die ordentliche Gesetzgebung zu übernehmen. Auf Grund reiflicher Erwägungen und der vorliegenden Erfahrungen sprach sich die Vertreterkonferenz einmütig mit allem Nachdruck gegen die Uebernahme der Demobilmachungsverordnungen in die ordentliche Gesetzgebung aus, weil keinerlei Bedürfnis hierfür anzuerkennen sei. Im Gegenteil, der württ. Handelskammertag macht auch jetzt wieder die bereits vor Jahresfrist erhobene Forderung nach völliger Beseitigung der Verordnung geltend. In den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Demobilmachungszeit mag vielleicht für einzelne Betriebsinhaber ein gewisser Anreiz zum Verkauf unrentabler Betriebsanlagen vorgelegen haben, es ist aber zu berücksichtigen, daß die Produktions- und Absatzverhältnisse die Wirtschaftsverhältnisse überhaupt heutzutage wesentlich andere sind als zur Zeit des Erlasses der Verordnungen. Die Gesichtspunkte und Erwägungen, die seinerzeit zum Erlasse der Verordnungen geführt haben, können heute keinesfalls mehr als maßgeblich erachtet werden. Ohne die schwerwiegendsten Gründe dürfte heute kein Arbeitgeber mehr zum Abbruch oder zur Stillegung von Betriebsanlagen oder nur „Entziehung zum Betrieb gehöriger Sachen in anderer Weise" sich entschließen. Unbeschadet dieser grundsätzlichen Stellungnahme trat der Handelskammertag auch in eine sachliche Kritik der Einzelheiten des Entwurfs ein und wandte sich namentlich gegen die mangelhafte Umgrenzung des Begriffs Stillegung, die Vorschriften über die Anzeigepflicht der Unternehmer und Leiter bei Betriebsabbrüchen und Stillegungen sowie bei Entlassungen von Arbeitnehmern, die Verlängerung der Sperrfristen bei Betriebsabbruch bis zu 3 Monaten, die Anwendung von Zwangsmitteln, Festlegung des Bestandes der Beschlagnahme und Uebereignung an Dritte, ferner die Vorschriften über die Einholung der behördlichen Zustimmung der der Entlassung von Arbeitnehmern in bestimmten Fällen. Schärfste Beanstandungen fanden endlich vor allen Dingen die ungewöhnlich hohen Geldstrafen, die man in Verbindung mit Freiheitsstrafen für Arbeitgeber, die gegen die Vorschriften verstoßen sollten, im Entwurf vorgesehen hat.

Kein Putsch in München.

München, 13. Nov. Die Beunruhigung über Putschgerüchte und Putschpläne erreichte am Samstag und Sonntag ihren Höhepunkt und zwar deshalb, weil die mehrheitssozialistische „Münchener Post" in Form einer offenen Frage behauptet hatte, daß Sonderzüge mit bewaffneten hakenkreuzlerischen Verbänden nach München beordert seien. Die Nachricht hat sich in keiner Weise bestätigt. Kein einziger Sonderzug ist in München eingetroffen und nicht eine Spur von Umsturz ereignete sich am Samstag und Sonntag in München. Die „Münchener Post" ist auch am Samstag beschlagnahmt worden, aber nicht wegen dieser Sensationsmeldung, sondern weil das Blatt eine Meldung von geheimen Waffenfunden wiederholt hat.

Streik im rheinischen Industriegebiet.

Düsseldorf, 12. Nov. In verschiedenen Fabrikbetrieben in Rath, Oberbilk und Oberkassel ist am Freitag ein Streik ausgebrochen, ausgehend vom Mannesmann-Walzwerk, wo die Arbeiterschaft mit der Zurückerstattung eines Vorschusses nicht einverstanden war. Die Bewegung breitete sich gestern weiter aus, so daß die Werke der Metallindustrie fast sämtlich still liegen. Auch in anderen Betrieben ruht die Arbeit. Einige Werke haben die gesamte Belegschaft fristlos entlassen. In den Mannesmann-Walzwerken kam es zu schweren Ausschreitungen, weil Streikende in das Kesselhaus eindrangen und Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit zwingen wollten. Hierbei kam es zu Tätlichkeiten, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor.

Einigung über die Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 12. Nov. Die Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau haben folgendes Ergebnis gehabt: Ruhrbezirk: durchschnittliche Erhöhung ab 16. November um 560 Mark je Mann und Schicht, außerdem Erhöhung des Hausstandsgeldes um 20 auf 60 Mark und des Kindergeldes um 40 auf 80 Mark je Schicht. Aenderungen des Lohnzahlungstermins sollen örtlich vereinbart werden. Die gleiche Erhöhung ist für den rheinischen Braunkohlenbergbau bewilligt. In den übrigen Bezirken betragen die Lohnzuschläge 80 bis 94 Prozent der Erhöhung im Ruhrgebiet. Ueber Sachsen sowie Oberhessen und das mitteldeutsche Braunkohlenrevier finden noch die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Stimme einer amerikanischen Frau.

Berlin, 13. Nov. In der gestrigen Frauenversammlung der politischen Arbeitsgemeinschaft der Frauen Großberlins sprach die bekannte Vorsitzende des Weltbundes für Frauenstimmrecht, Chapmann-Catt, über „Deutschlands Zukunft". Sie betonte u. a. die warmen Sympathien für die armen notleidenden Bevölkerungsschichten Deutschlands, die ihr amerikanische Frauen noch bei ihrer Abreise aussprachen. Die Rednerin glaubt fest an Deutschlands Unverwüstlichkeit, an die man drüben allgemein glaubt. Wohl werden noch dunkle Zeiten kommen. Aber untergehen, zusammenbrechen wird dieses Land der Arbeit niemals, am wenigsten, wenn es erst wieder gelernt hat, sich in Einigkeit zusammenzufinden.

Keine Aenderung des Reichsmietengesetzes.

In einem Berliner Blatte war mitgeteilt worden, daß eine Revision des Reichsmietengesetzes zu Ungunsten der Mieterschaft von den zuständigen Instanzen geplant sei. Wie die Telegraphen-Union hierzu von gut unterrichteter Seite erfährt, ist eine Aenderung des Reichsmietengesetzes von reichswegen nicht geplant. Es liegt offenbar eine Verwechslung mit Verhandlungen vor, die im preußischen Wohlfahrtsministerium über die preußischen Bestimmungen beim Reichsmietengesetz stattgefunden haben.

Viel Geschrei, wenig Wolle.

Die Aufregung des „Vorwärts" über das kaiserliche Hochzeitsgeschenk und die Anfrage im Reichstag waren unnötig. Der Kaiser hat überhaupt kein Hochzeitsgeschenk anfertigen lassen. Sein Bevollmächtigter erklärt: „Ich stelle fest, daß das Hochzeitsgeschenk Seiner Majestät für seine Gemahlin weder aus einem Diadem, noch aus anderem wertvollem Schmuck besteht, so daß also ein solcher weder neu angefertigt noch umgearbeitet worden ist. Nachfragen bei den in Betracht kommenden Juwelieren haben ergeben, daß die Schmuckgegenstände, auf die der „Vorwärts"-Artikel scheinbar anspielt, für Privatpersonen bestimmt sind, die in keinerlei Beziehungen zu Seiner Majestät und zu Haus Doorn stehen."

Ausland.

Holländische Beteiligung an den deutschen Sachlieferungen.

Der niederländische Baumaterialien-Trust Ten Bokkel-Huinink & Cie., dem die französische „Union Generale Industrielle" (Paris) angehört, ist mit einer westdeutschen Unternehmergruppe kombiniert worden, die Materiallieferungen für das Aufbaugebiet auszuführen hat. In dieser deutsch-französisch-holländischen Kombination gehören auch zwei nordfranzösische Banken. Die holländische Gruppe investiert die hier in Privatbesitz befindlichen Markdepots und wird zu diesem Zwecke Aktien in Markwährung ausgeben, die gleichzeitig von den französischen Unternehmungen garantiert werden. Durch diese holländische Initiative wird die Frage der Lieferungen in natura wesentlich erleichtert. Gleichzeitig sollen auch niederländische Fabriken berücksichtigt werden. Die Haager Regierung lieh bei den Verhandlungen, die teils in Köln, teils in Paris geführt wurden, ihre Unterstützung.

Die Partei Mussolinis.

Auch nachdem sie die herrschende Partei geworden sind, fahren die italienischen Faszisten mit ihren Gewalttaten fort. Ihr Verbrauch an Rizinusöl, das sie ihren Gegnern zu trinken geben, ist immer noch sehr groß. Ein Glas davon haben sie auch dem unglücklichen Pfarrer von Monterotini eingeschüttet, der ihr Mißfallen erregte, und den sie deshalb vorgefordert hatten. Nicht zufrieden damit, schoren sie ihn vollständig kahl und strichen ihm Kopf und Gewand in den Landesfarben Weiß, Rot und Grün. So angemalt setzten sie den Unglücklichen wieder in Freiheit. Die faszistische Zentrale hat allerdings die Untat mißbilligt und Bestrafung in Aussicht gestellt, was aber nicht hindert, daß sich solche und ähnliche Streiche immer aufs neue ereignen.

Weitere Verschärfung der Lage im Orient.

London, 12. Nov. Die französischen und englischen Blätter melden eine neue Verschärfung der Lage im Orient. Die Nationalversammlung von Angora hat den Entwurf eines von den Alliierten vorgeschlagenen Kompromisses über die Verwaltung Konstantinopels abgelehnt. Die alliierte Generäle haben gestern ihre Regierungen benachrichtigt, daß angeblich Tausende von Kemalisten in Zivilkleidern zurzeit in Konstantinopel eindringen, von denen man befürchtet, daß sie noch vor der Lausanner Konferenz einen Aufstand hervorrufen würden, um die Stadt in die Hände der Kemalisten zu bringen. Ferner weisen die Generäle darauf hin, daß sie die Kontrolle über die Polizei nicht mehr besitzen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Bezirksratssitzung vom 2. November 1922.) Zur Frage der Aufstellung des Voranschlags für die Amtskörperschaft wird Stellung genommen. Geregelt wird die Frage der Aufwandsentschädigung für den Oberamtspfleger, die Abrechnung über den früheren Gebührenbezug des Oberamtsbaumeisters Link, sowie der Bezug von Belohnungen aus Nebenämtern des Verwaltungsaktuars Trostel. Dem Oberamtsbaumeister Strübel wird ein Telefonanschluß bewilligt. Für die Bedienung des Unfallmeldedienstes wird ein Teuerungszuschlag von 200 Prozent gewährt. Ebenso wurde eine erhöhte Zulage zu der Unfallrente des Straßenwärters Röck, Neuenbürg, beschlossen. Die Verpflegungssätze des Bezirkskrankenhauses wurden infolge der fortschreitenden Geldentwertung ab 1. November 1922 erhöht in Klasse 1 auf 500 Mark, in Klasse 2 auf 410 Mark und Klasse 3 auf 325 Mark. Ebenso wurden die übrigen Gebührensätze der Teuerung angepaßt. Genehmigt wird der um rund 300 000 Mark erhöhte Preis für Anschaffung von 2 neuen Sterilisatoren für Verbandsstoffe und Kochsalzlösung mit elektrischer Heizung fürs Krankenhaus. Neu geregelt wird die Belohnung des Arztes für die Tuberkulosenfürsorge. Der Einbau eines Zimmers für Kontor- und Wärmezwecke im Mehllager des Kommunalverbandes wird gutgeheißen. Nachdem die Einführung der Selbstwirtschaft durch den Kommunalverband höheren Orts genehmigt worden ist, wird dem zwischen der Geschäftsstelle und den Pfälzischen Mühlenwerken A.-G. in Mannheim abgeschlossenen Mahlvertrag die Zustimmung erteilt. Von der Selbstwirtschaft erhofft man gewisse Vorteile in bezug auf eine gleichmäßige Qualität des Mehls, Gewinnung der Kleie und Erleichterung der Mehlzufuhr. Beschlossen wird eine Aenderung der Satzungen der Oberamtssparkasse in Absicht auf eine Erhöhung des Einlagemaximums bei Einlagen von Einzelpersonen auf 100 000 Mark und bei Familien auf 200 000 Mark, sowie die Einführung des An- und Verkaufs inländischer Wertpapiere mit entsprechenden Sicherungsmaßnahmen. Die Anschaffung einer Rechenmaschine für die Oberamtssparkasse mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark wird genehmigt. Der Leiter der Filiale der Oberamtssparkasse in Wildbad wünscht in den nächsten Monaten von seinem Posten entbunden zu werden. Vom Bezirksrat werden Vorkehrungen für die Wiederbesetzung der Stelle getroffen. Als Vertreter der Amtskörperschaft in den Beirat der Bezirksfürsorgestelle wird Verwaltungs-Aktuar Kienzle und als Stellvertreter Oberamtspfleger Kübler bestellt. Ueber die Beschaffung weiterer Amtsräume für die Amtskörperschaft, zunächst für die Bezirksfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wurden Erwägungen angestellt und eine [illegible]bereitung und Förderung der Frage in Aussicht [illegible].

Neuenbürg, 13. Nov. Im Buchdrucker- und Zeitungsgewerbe herrschen trostlose Zustände. Laut Schiedsspruch mußten die Löhne des gesamten Personals vom 4. November ab in bisher nicht gekanntem Ausmaß erhöht werden. Die Papierpreise erfuhren in den letzten Tagen Steigerungen von 75 Prozent, die Briefumschlagfabrikanten setzten den Teuerungszuschlag ab 7. November von 3900 Prozent auf 6300 Prozent. Farben und die sonstigen Materialien stiegen in den letzten Tagen in gleichem Maße. Kein Wunder, wenn die Arbeitgeber da die Verzweiflung packt, zumal ihnen Auslandsaufträge durch das Verhalten der Ausfuhrstellen unmöglich gemacht werden. Der 75prozentige Aufschlag auf alle Drucksachen deckt nur einen geringen Teil der in den letzten Tagen entstandenen Mehrkosten. Drucksachen sind aber keine Bedarfsartikel, und die Druckerei-Inhaber müssen sich deshalb mit dem bescheidensten Nutzen begnügen. An alle Drucksachen-Verbraucher geht die dringende Bitte, bei Vergebung ihrer Arbeiten die hiesigen Firmen zu berücksichtigen. (So schreibt der Pforzh. Anzeiger. In gleicher Angelegenheit richten wir dieselbe Bitte an die Drucksachenverbraucher im Neuenbürger Bezirk. Es gehen, und das trifft namentlich für größere Firmen zu, so viele und bedeutende Aufträge nach auswärts, weil in der Regel „der Prophet nichts gilt in seinem Vaterland". Und doch kann die gleiche Qualitätsware auch hier und dabei noch billiger hergestellt werden, weil die Lokalzuschläge auf die Arbeitslöhne niedriger sind als an größeren Plätzen. Dabei ist die Zuweisung von Druckaufträgen eine soziale Tat, die uns davor bewahrt, Arbeitseinschränkungen vornehmen oder gar Gehilfen entlassen zu müssen aus Mangel an Arbeit. Schriftl.)

Neuenbürg, 13. Nov. (An die geldverdienende Jugend.) Die Löhne und Gehälter der ledigen jungen Leute sind im allgemeinen so bemessen, daß nach der Bestreitung aller Kosten für den Lebensunterhalt und der selbstverständlichen Hilfe für die eigenen Angehörigen noch ein wesentlicher Ueberschuß bleibt. Was damit anfangen? Verschlemmen, verschlecken, an Putz und Tand hängen, dem Kino und Vergnügungen zweifelhafter Sorte opfern? Eine hochstrebende Jugend braucht man hiervor nicht zu warnen. Aber man darf sie wohl auf eine begeisternde Aufgabe hinweisen, die ihr aus der bitteren Not so vieler erwerbsunfähiger Alter, Kranker und bedrängter Familien erwächst. Wie wäre es, wenn in aller Stille junge Hände vom

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ueberschuß ihres Verdienstes an eine Stätte der Sorge und des Elends ein paar Geldscheine für Krankheitsunkosten, Hausmiete, für den Schuhmacher oder ein Pfund Nudeln auf den sonst so karg gedeckten Tisch, ein Paar Strümpfe oder warme Handschuhe für frierende Kinder hintragen würden? Wo die wirklich Bedürftigen sind, ist leicht zu erfragen.

Neuenbürg, 13. Nov. Die Ortsgruppe der kommunistischen Partei hier hat an die Stadtgemeinde das Gesuch gerichtet, an alte, kranke und unbemittelte Personen Weißmehl zu billigerem Preise zu verabreichen. Hoffen wir, daß dem Gesuch stattgegeben wird. Stuttgart hat schon in der letzten Woche Weißmehl an die Bevölkerung zu billigerem Preise abgegeben. L.

Württemberg.

Stuttgart, 12. Nov. (Höhere Fortbildungskurse an den Gewerbeschulen.) Die durch die Zeitverhältnisse notwendig gewordene Umgestaltung unseres Schulwesens berührt auch in einschneidendem Maße die gewerblicher Fachschulen: Die Möglichkeit des ganz- oder mehrjährigen Besuchs von Fachschulen mit Vollunterricht behufs Weiterbildung solcher Facharbeiter, die bereits die Gewerbeschulen durchlaufen haben, zu Monteuren, Werkmeistern, Werkführern und dergl. ist in Zukunft für die meisten in Betracht kommenden jungen Leute durch die unerschwinglichen Kosten nicht mehr gegeben. Dadurch wird der Weiterbestand der mittleren Fachschulen, wie der Bauhandwerkerschulen, Monteur- und Werkmeisterschulen in Frage gestellt. Ihre Aufgaben haben künftig die Gewerbeschulen zu übernehmen durch Einrichtung von Aufbaukursen mit Abendunterricht, so daß die Teilnehmer an denselben der beruflichen Tagesarbeit nicht entzogen werden. Diese Kurse sind dann auf einen entsprechend längeren Zeitraum auszudehnen. Nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber werden diese Einrichtung sehr begrüßen. Den Unterricht werden hauptsächlich Gewerbelehrer mit voller ingenieur-technischer Ausbildung zu erteilen haben. Leider muß diese an sich sehr dringliche, für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Stärke bedeutsame Einrichtung wegen des großen Mangels an geeigneten Lehrkräften noch zurückgestellt werden. Für die an der Technischen Hochschule studierenden Anwärter für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen bietet sich auch nach dieser Richtung hin eine dankbare und aussichtsreiche Tätigkeit und Laufbahn.

Stuttgart, 11. Nov. (Ein „feines" Dämchen.) Kaum aus der Strafanstalt entlassen, verübte die erst zwanzig Jahre alte Kontoristin Anna Hekel gleich wieder eine Reihe von Betrügereien. In Ludwigsburg, wo sie sich mittel- und stellenlos herumtrieb, ließ sie sich von einem jungen Herrn, mit dem sie zunächst soupieren ging, unter der falschen Vorspiegelung, sie sei die Nichte eines reichen Onkels, ihre Mutter werde ihr Geld bringen, ein Darlehen von einigen hundert Mark geben, verschwand dann aber, ohne an die Rückgabe des Geldes zu denken. Ein weiteres, beliebtes Betrugsmanöver der Angeklagten, das verschiedentlich zum Erfolg führte, bestand darin, daß sie sich angeblich um eine bessere Gesellschaft besuchen zu können, von Bekannten zum Teil gegen Hingabe ihrer eigenen Garderobe wertvolle Kostümkleider, Blusen, einen Mantel, einen Hut u. a. leihen ließ und das fremde Eigentum dann für sich behielt. Die Anklage legte der Hekel dreizehn Betrugsfälle zur Last. In acht Fällen erfolgte mangels Schuldbeweises Freispruch. Wegen fünf Betrügereien und einem Diebstahl wurde eine Gefängnisstrafe von einem Jahr ausgesprochen.

Stuttgart, 13. Nov. (Württ. Aerzteverband.) In der gut besuchten außerordentlichen Hauptversammlung des Württ. Aerzteverbandes wurde folgende Entschließung angenommen: Die Hauptversammlung des Württ. Aerzteverbandes stimmt der am 1. November d. Js. getroffenen Vereinbarung über die Honorare für das 3. und 4. Quartag 1922 zu unter der Voraussetzung, daß vom württ. Krankenkassenverband für das 4. Quartal 1922 der volle Reichsteuerungsindex ohne jede Einschränkung anerkannt wird und daß der Württ. Krankenkassenverband sofort eine Erhöhung der Beiträge auf die Höchstsätze für die Krankenkassen verlangt, die noch nicht die sogen. 25 Punkte auch für das 3. Quartal nachbezahlt haben. Als Grundlage für die Berechnung der Gebühren in der Privatpraxis gilt die württ. Gebührenordnung von 1922.

Stuttgart, 13. Nov. (Dank an die Studenten.) Die Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer dankte den Studenten der Hochschulen Tübingen, Stuttgart, Hohenheim, sowie den Maschinenbauschülern Eßlingen in der heutigen Sitzung mit warmen und anerkennenden Worten für die geleistete Erntehilfe. Herbst.

Untertürkheim, 13. Nov. (Sterbende Wirtschaften.) Wie die Untertürkheimer Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird auch das altehrwürdige Gasthaus zum Ochsen in den nächsten Tagen seine Pforten schließen, da es durch Kauf in den Besitz der Deutschen Textil-Aktiengesellschaft übergegangen ist, die ihren Betrieb bereits im „Hirsch" und den Lokalitäten im Hirschgarten eröffnet hat.

Süßlingen, 13. Nov. (Kartoffel oder Leben.) Kam da ein Mann am Sonntag in das Haus eines Bauern, um die ihm schon länger versprochenen Kartoffeln zu reklamieren. Nur die Tochter war zu Hause. Als sie dem Mann bedeutete, daß er morgen seine Kartoffeln bekomme, es seien jetzt keine da, zog der Mann einen Revolver und hielt ihn der Tochter vor mit den Worten: Kartoffel oder Leben! Die Bedrohte sprang zu Verwandten. Der Mann hat nicht geschossen.

Aulendorf, 13. Nov. (Unter die Räder.) Der 34 Jahre alte, verheiratete Kaufmann Steiger aus Stuttgart wollte in den abends 9.25 Uhr in Richtung Altshausen abfahrenden, bereits im Gang befindlichen Zug einspringen. Wohl infolge eines Fehltritts kam der Mann so unglücklich unter die Räder, daß der Tod sofort eintrat.

Ravensburg, 13. Nov. (Totschlag.) Das Schwurgericht verhandelte gegen den 19 Jahre alten ledigen Landwirt Anton Wild von Allerbachen, Gemeinde Berkheim OA. Leutkirch, der am 30. Juli abends auf der Ortsstraße den im gleichen Alter stehenden Landwirtssohn Simmler durch einen Stich ins Herz getötet hat. An diesem Tage fand, nachdem Bernhard Simmler am Vormittag eine Reiberei mit Wild gehabt hatte, in Erolzheim ein Radfahrerfest statt, das von beiden Parteien besucht wurde. Simmler fuhr zuerst wieder weg. Als Wild später folgte, wurde er im Dorf mit Schimpfnamen und höhnischen Bemerkungen empfangen. Es gab eine Rauferei, bei der der tötliche Stich geführt wurde. Die Geschworenen verneinten die Frage der vorsätzlichen Tötung, bejahten aber die Frage nach der durch Beleidigung und Herausforderung verübten Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Das Gericht erkannte darauf auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft.

Waldenburg OA. Künzelsau, 13. Nov. (Beschlagnahmt.) Einem Händler, der sich nicht im Besitze eines Handelserlaubnisscheins hierzu befand, wurden 96 Pfund Butter beschlagnahmt, die teilweise um über 700 Mark schon eingekauft war. Es läßt sich denken, daß bei einem Aufkauf von 740 Mark der Preis ganz enorm wird, bis die Ware vollends in irgend einer Großstadt in die letzte Hand kommt.

Warum so viel Obst verdirbt.

Die Winteräpfel und Winterbirnen sind zur Zeit der Ernte noch nicht genußreif, sondern müssen oft noch mehrere Monate lagern, ehe sie für den Genuß recht geeignet sind. Während der Aufbewahrung sollen die Früchte nachreifen, dabei finden in der Frucht Umwandlungen statt, die den Wohlgeschmack erheblich beeinflussen. Infolge mangelhafter Aufbewahrung verdirbt leider sehr viel Obst, oder es wird verbraucht, ehe es volle Genußreife hat. Auch in zu warmem Raume notreif gewordenes Obst hat nicht den vollen Wert. Selbstverständlich muß man sich bei der Aufbewahrung von Obst nach der Qualität der Sorten richten. Tafelfrüchte erfordern größte Sorgfalt, während Wirtschaftssorten weniger vorsichtig behandelt zu werden brauchen. Alles Obst muß von der Einlagerung sortiert werden; kranke und wurmstichige Früchte werden dem baldigen Verbrauch zugeführt. Man beachte nach Möglichkeit folgende Regeln:

1. Die Räume sollen womöglich ausschließlich dem Zweck der Obstaufbewahrung dienen. Vor der Einbringung des Obstes sind die Räume gründlich zu reinigen und mit neuem Kalkanstrich zu versehen.

2. Die Temperatur in den Aufbewahrungsräumen sei möglichst gleichmäßig und halte sich zwischen 4 bis 8 Grad Celsius.

3. Das Tageslicht ist fernzuhalten.

4. Luftzug ist als überaus nachteilig sorgsam zu vermeiden, dagegen muß die Möglichkeit einer Lufterneuerung gegeben sein.

5. Die Luftfeuchtigkeit betrage 70 Prozent relative Feuchtigkeit; fehlt ein Feuchtigkeitsmesser, so lege man ein Löschblatt auf; zeigt dasselbe nach 24 Stunden eine Veränderung seiner Farbe, so ist der Raum zu feucht; häufiges Lüften bei trockenem Wetter wird die überflüssige Feuchtigkeit beseitigen; während des Lüftens sollen die Früchte mit Papier bedeckt werden.

6. Die Früchte sollen nur in einer Schicht auf glatten Brettern (Hürden sind weniger empfehlenswert) mit der Breitseite aufliegen; Birnen werden am Stielende zuerst weich, sind daher am Stielende am empfindlichsten; bei Aepfeln ist es dagegen gleichgültig, ob sie auf dem Stielende oder auf der Kelchseite lagern.

7. Rauhschalige Früchte sind in Räumen mit viel Luftbewegung durch Ueberdecken mit sauberem Papier vor dem Verwelken zu schützen, während fettige Früchte mehr Luft vertragen.

8. Man vermeide ein unnötiges Umpacken und Berühren der Früchte, entferne aber rechtzeitig alle Früchte, welche Spuren einer beginnenden Verderbnis zeigen.

Baden.

Karlsruhe, 13. Nov. (Erdbeben.) Am Samstag morgen 5 Uhr 45 Minuten begannen die Seismographen des Instituts in Karlsruhe und der Durlacher Erdbebenwarte mit der Aufzeichnung eines heftigen Erdbebens. Die Maximalbewegung erfolgte um ½7 Uhr. Die Schwingungen des Pendels dauerten bis gegen 9 Uhr. Der Herd des Bebens liegt in einer Entfernung von etwa 800 Kilometer.

Karlsruhe, 11. Nov. Einem Händler wurde von seiner Freundin, einer Kellnerin, die Brieftasche mit mehreren hundert Mark und einigen Lotterielosen gestohlen. Als die Diebin verhaftet wurde, gab sie an, daß sie die Lose weggeworfen habe. Der Händler aber erhielt andern Tags von der Losstelle die Mitteilung, daß auf eines der Lose ein Gewinn von 1½ Millionen Mark gefallen sei.

Konstanz, 13. Nov. Der Wert der aus dem Konstanzer Münster entwendeten 7 silber-vergoldeten Kelche stellt nach der Schätzung vom Jahre 1882 die Summe von 1912 Mark (reiner Silberwert!) dar. Nach dem heutigen Stande würde ein reiner Silberwert von 258 053 Mark sich ergeben, während der Kunst- und Altertumswert sich zurzeit auf mindestens 2 Millionen Mark belaufen würde. Sämtliche Kelche sind innen vergoldet und stammen noch aus dem 15. Jahrhundert. Einer der am Einbruch beteiligten Verbrecher ist verhaftet worden.

Vermischtes.

Der Schmuggel aus Bayern. Die Versuche, Waren aus Bayern zu schmuggeln, die infolge der neuen Markentwertung zu günstigen Preisen eingekauft wurden, nehmen in beträchtlichem Umfang zu. Im bayerischen Zollamt Salzburg wurden in den letzten Wochen bereits Waren im Wert von vielen Millionen beschlagnahmt, darunter allein 5 Pelzmäntel im Wert von 1½ Millionen Mark. Zum größten Teil sind die Waren in München und anderen großen Städten Deutschlands aufgekauft.

Totenmesse und Lebensmittel. In einer Pfarrei der Bamberger Gegend wurde von der Kanzel verkündet, daß nach einem einstimmigen Beschluß der Kirchenverwaltung von jetzt ab für eine bestellte Totenmesse ein Pfund Butter oder zehn Pfund Korn gezahlt werden müssen.

Bedrückung der Pfalz. Einen Maßstab für die Bedrückung, der die Bevölkerung der Pfalz ausgesetzt ist, gibt die erschreckend hohe Zahl der Aburteilungen durch die feindlichen Militärgerichte und die Verhängung barbarischer Strafen bei nur geringen „Vergehen". So kamen allein von Mitte Juli bis Mitte August 99 Fälle zur Aburteilung. Im September wurden 118 Fälle abgeurteilt, wobei insgesamt über 100 000 Mark Geldstrafen, 7 Jahre, 11 Monate Gefängnis und 6 Monate Zwangserziehung verhängt wurden. Meist handelt es sich um einfache Uebertretungen. Besonders schmachvoll ist, daß in zahlreichen Fällen die Angeberei durch Deutsche selbst erfolgt ist.

Die fremde Herrschaft. Ein 20jähriger Arbeiter in Landau, der am 20. Mai einen Zusammenstoß mit einem französischen Posten hatte, wurde vom Kriegsgericht in Koblenz zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in einer französischen Kolonie verurteilt.

An den „alten Fritz". Am 9. November trug das bekannte Denkmal Friedrichs des Großen, Unter den Linden in Berlin, in 5 Meter Höhe einen großen Kranz mit schwarz-weißer (preußischer) Schleife mit der Aufschrift: „Alter Fritze, steig hernieder und regiere Du uns wieder!" Der Kranz wurde polizeilich entfernt.

Der Fünfzigmarkschein als Dreingabe. In einer der Hauptstraßen von Amsterdam, der Calverstraat, liest man im Schaufenster eines Zigarrengeschäfts: „Wer für einen Gulden einkauft, bekommt einen deutschen Fünfzigmarkschein drein." — Ein Zigarrenhändler in Newyork gibt sogar einen Hundertmarkschein „drein", dann muß man aber wenigstens ein ganzes Kistchen kaufen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 13. Nov. (Landesproduktenbörse.) Mit kurzen Unterbrechungen hat die feste Stimmung auf dem Getreidemarkte auch in abgelaufener Woche angehalten. Das Angebot in inländischer Ware ist infolge dringender Herbstbestellung der Felder immer noch schwach, andererseits sind auch die Käufer angesichts der hohen Preise zurückhaltend und das Geschäft war an der heutigen Börse klein. Es notierten per 100 Kilogramm für gesunde trockene Ware ab württ. Station neuer württ. Dinkel 27 000—30 000 (in der Vorwoche 23—26 000) Mark, neue Sommergerste je nach Qualität und Provenienz 22 000—26 000 (20 000—28 000) Mark, neuer württ. Roggen 24 000—26 000 (22 000—24 500), Hafer 24 000—28 000 (20 000—24 000) Mark, Weizenmehl Nr. 0 49 000—51 000 (40 000—41 500), Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 47 500—49 500 (38 500 bis 40 500), Kleie 14 000—14 500 (10 500—11 000), württ. Heu neuer Ernte 4000—4200 (3600—3800), Stroh 4200—4400 (3800—4000) Mark. Beschädigte, beregnete Ware ist bis zu 30 Prozent billiger als obige Notierung. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Erzeugerpreise niedriger sein müssen, als die oben notierten.

Reutlingen, 13. Nov. (Fruchtschranne.) Auf der Schranne am Samstag kosteten: Weizen 11 000—16 200 Mark, Gerste 10 000—12 000 Mark, Haber 6000—12 000 Mark, Unterl. Dinkel 10 000—14 000 Mark, Alber Dinkel 10 250—13 000 Mark je der Zentner, 1,82 Zentner Roggen 10 000 Mark.

Horb, 13. Nov. (Viehmarkt.) Dem Martinimarkt waren 5 Kühe und 16 Rinder und Jungrinder zugeführt. Ein Drittel der aufgetriebenen Tiere wurde zu Preisen von 35 000 bis 240 000 Mark verkauft. Auf dem Schweinemarkt war der Handel sehr lebhaft bei gutem Besuch. Ein Milchschwein kostete 7000—13 500 Mark, ein Läuferschwein 38 000 Mark.

Unseren Postbeziehern

haben wir in wiederholten Bekanntgaben mitgeteilt, daß eine quartalsweise Festlegung der Bezugspreise nicht mehr möglich ist, sondern daß jeder, auch der **Monats**bezugspreis nur mehr **„freibleibend"** festgesetzt werden kann. Für Oktober 1922 stellte sich der endgültige Bezugspreis des „Enztäler" auf 105 Mk., für November 1922 auf 180 Mk. Unsere Postbezieher haben für jeden der Monate Oktober, November und Dezember nur 105 Mk. bezahlt, während die heutigen Herstellungskosten bedeutend höher sind. Sie betragen für November und Dezember 175 Mk. Diese Differenz bitten wir **spätestens bis 15. November** nachzuzahlen. Es sind also folgende Nachzahlungen zu leisten: Für Vierteljahresbezieher für den Monat November und Dezember 175 Mk., wir auf der der Samstags-Nummer beigelegenen Zahlkarte für Bezieher, welche den „Enztäler" für November und Dezember bestellten, ebenfalls 175 Mk., von solchen Beziehern, die den „Enztäler" nur für November bestellten, 75 Mk. Wir bemerken, daß diese Preise Mindestpreise sind, die voraussichtlich im Dezember sich infolge der riesigen Steigerungen der Löhne und der Papierpreise wie aller anderen Materialien möglicherweise noch höher gestalten.

In der postamtlichen Verfügung heißt es u. a.:

„Die Preise der durch die Post zu beziehenden Zeitungen und Zeitschriften sind künftig „freibleibend". Der Verleger kann den Bezugspreis innerhalb der Bezugszeit erhöhen und den Unterschiedsbetrag zwischen altem und neuem Preis unmittelbar von den Beziehern nacherheben. **Wird die Zahlung abgelehnt, so kann der Verleger, dem die Namen der Postbezieher mitgeteilt werden, die Lieferung des Blattes von einem von ihm zu bestimmenden Tage an einstellen. Eine Rückzahlung von Bezugsgeld für den ausfallenden Rest der Bezugszeit findet durch die Post in solchem Falle nicht statt.** Der Verleger übergibt der Verlags-Postanstalt **mindestens 5 Tage** vor der beabsichtigten Lieferungseinstellung für jede Absatz-Postanstalt einen Zurückziehungsantrag, der als gewöhnliche Briefsendung freizumachen und zu versenden ist. In diesem Antrag müssen die Namen und Anschriften der nicht mehr zu beliefernden Bezieher und der Tag der Lieferungseinstellung angegeben sein."

Bei Postbeziehern, von welchen die Nachzahlung für November und Dezember mit 175 Mk. bezw. für November mit 75 Mk. nicht **bis 15. November** in unserem Besitze ist, wären wir gezwungen, um uns vor größeren Verlusten zu bewahren, die Lieferung des „Enztäler" **ab 20. November einzustellen.**

Angesichts der bekannten Notlage im Zeitungsgewerbe bitten wir um einsichtsvolles Verständnis und rechtzeitige Bezahlung bis 15. November, da wir bereits an diesem Tage die Liste derjenigen Bezieher, an welche das Blatt ab 20. November infolge Nichtbezahlung obiger Beträge nicht mehr geliefert wird, dem Postamt übergeben müssen.

Um Kosten zu sparen, kann der Betrag direkt bei unserer Geschäftsstelle beglichen werden.

Verlag „Der Enztäler".

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 13. Nov. Staatspräsident Dr. Hieber ist auf einige Tage nach Berlin gereist.

Stuttgart, 13. Nov. Wie aus Berlin gemeldet wird, werden die von Minister Keil im Reichstag gegen den Abg. Bazille erhobenen Vorwürfe nunmehr die Gerichte beschäftigen. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat beschlossen, das Plenum zu ersuchen, die Genehmigung zur Strafverfolgung und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bazille erteilen.

München, 14. Novbr. Die bayerische Regierung stellt den Nahreiseverkehr zwischen den Grenzorten in Salzburg, Oberösterreich Tirol und Vorarlberg ein. Es handelt sich um eine Schutzmaßnahme gegen den durch die Markentwertung zunehmenden Aufkauf durch Fremde.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Verkehr.

...produktenbörse.) Mit karg... ...immung auf dem Getreide... ...he angehalten. Das Angeb... ...ringender Herbstbestellung b... ...rerseits sind auch die Käufe... ...haltend und das Geschäft wa... notierten per 100 Kilogramm... ...tt. Station neuer württ. Wei... ...oche 23—26 000) Mark, ...d Provenienz 22 000—26 00... ...ilrtt. Roggen 24 000—26 50... ...8 000 (20 000—24 000) Mark ... (40 000—41 500), Bremer... 47 500—49 500 (38 500 bi... ...500—11 000), württ. Ha... ...3800), Stroh 4200—440... beregnete Ware ist bis z... ...erung. Es wird ausdrücklich ...gerpreise niedriger sein müs...

...schranne.) Auf der Schrann... ...000—16 200 Mark, Gers... —12 000 Mark, Unterl. Din... Dinkel 10 250—13 000 Mark, ...gen 10 000 Mark.

Dem Martinimarkt waren ...rinder zugeführt. Ein Drit... ...zu Preisen von 35 000 ... Schweinemarkt war der Han... Ein Milchschwein kostet... ...wein 38 000 Mark.

...bezieh...ern

...nigaben mitgeteilt, daß eine ...gspreise nicht mehr möglich ...r **Monats**bezugspreis nur ...erden kann. Für Oktober ...gspreis des „Enztäler“ auf ...f 180 Mk. Unsere Post... ...onate Oktober, November ...hlt, während die heutigen ...r sind. Sie betragen für ...k. Diese Differenz bitten ...**er** nachzuzahlen. Es sind ... leisten: Für Vierteljahres... ...r und Dezember 175 Mk. ...ner beigelegenen Zahlkarte ...äler“ für November und ...75 Mk., von solchen Be... ...für November bestellten, ...iese Preise Mindestpreise ...ber sich infolge der riesigen ...r Papierpreise wie aller ...e noch höher gestalten.

...ung heißt es u. a.: ... die Post zu beziehenden ...ind künftig „freibleibend“. ...ezugspreis innerhalb der ...Unterschiedsbetrag zwischen ...mittelbar von den Be... **...ie Zahlung abgelehnt, ...dem die Namen der ...werden, die Lieferung ... von ihm zu bestim...en. Eine Rückzahlung ...en ausfallenden Rest ...ch die Post in solchem** ...leger übergibt der Verlags... **...age** vor der beabsichtigten ...Absatz-Postanstalt einen ...gewöhnliche Briefsendung ...n ist. In diesem Antrag ...risten der nicht mehr zu ...er Tag der Lieferungs...

...en die Nachzahlung für ... Mk. bezw. für November **...mber** in unserem Besitze ...s vor größeren Verlusten „Enztäler“ **ab 20. No...**

...lage im Zeitungsgewerbe ...ständnis und rechtzeitige ... wir bereits an diesem ... an welche das Blatt ab ...ng obiger Beträge nicht ...übergeben müssen. ...Betrag direkt bei unserer

...Der Enztäler“.

...ichten.

...präsident Dr. Hieber ist ... ...s Berlin gemeldet wird, ...eichstag gegen den Abg. ... die Gerichte beschäftigen. ...Reichstags hat beschlossen, ...ehmigung zur Strafver... ...fziplinarverfahrens gegen

...yerische Regierung stellt ...renzorten in Salzburg, ... ein. Es handelt sich ... durch die Markentwer... ...remde.

Frankfurt a. M., 13. Novbr. Von einem Angestellten der hiesigen Filiale der Darmstädter und Nationalbank sind Veruntreuungen dadurch begangen worden, daß er bei der hiesigen Deutschen Vereinsbank ein Baisseengagement in ungarischer Goldrente einging und die Stücke, als der Kurs der ungarischen Goldrente stark gestiegen war, seinem Institut zur Deckung seiner Lieferungsverbindlichkeiten entwendete. Der Schaden wird auf 2 Millionen Mark beziffert. Der Angestellte wurde verhaftet.

Berlin, 14. Novbr. Wie die Blätter melden, hat die Reichsregierung gestern über eine neue Note an die Reparationskommission Beschluß gefaßt. In der Note werde der Reparationskommission formell das Anerbieten gemacht, daß die Reichsbank sich mit einem Betrag von 500 Millionen Goldmark an der Stützungsaktion für die Mark beteiligen werde, wenn es gelinge, ausländische Bankkredite in der gleichen Höhe zu dem gleichen Zweck zu erhalten. Ferner werde darauf hingewiesen, daß ein längeres Moratorium (und zwar eine zwei- bis vierjährige Befreiung von allen Barzahlungen auf Reparationskonto) für eine erfolgreiche Stützungsaktion für die Mark notwendig sei.

Berlin, 13. November. Unter dem Verdacht, das Kaiser Wilhelm-Denkmal an der Schloßfreiheit durch Abschlagen von Broncetellen und Abschrauben eines Schwertknaufs beschädigt zu haben, wurde am Samstag ein 25jähriger wohnungsloser Kaufmann namens Mix verhaftet. Einige andere junge Burschen, die sich in der Gesellschaft des Täters befanden, sind entkommen. Auch der Vegas-Brunnen am Schloßplatz ist in ähnlicher Weise geschändet worden.

Berlin, 13. Nov. Bei dem heutigen Wiederzusammentritt des Reichstags wurde bei der Erledigung des 6. Nachtragsetats eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, bei künftigen Teuerungsaktionen im Sinne einer großzügigen Familienpolitik die sozialen Zulagen stärker zu erhöhen und darauf zu sehen, daß die unteren Beamtengruppen nicht schlechter gestellt werden als die ungelernten Arbeiter.

Berlin, 13. Nov. Die freien Gewerkschaften des Wirtschaftsgebietes Köln haben eine Erklärung erlassen, in der sie sich gegen die letzten Reden Loucheurs und Poincares wenden. Die Gewerkschaften erklären, daß sie die politische und wirtschaftliche Verbindung des Rheinlands mit dem Deutschen Reiche mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten würden.

Berlin, 13. Nov. Der Dollar wurde an der Börse in Frankfurt 8174.75 G., 8115.25 Br., in Berlin 8104.68 G., 8145.32 Br. notiert. Die Stuttgarter Börse verlief in sehr fester Haltung. Die Frankfurter Börse war anfangs nicht ganz einheitlich, befestigte sich aber im weiteren Verlaufe mehr und mehr. Die Berliner Börse war außerordentlich fest.

Berlin, 14. Nov. Gestern sind die Drücker und Polierer der Berliner Metallindustrie wegen ständiger übertariflicher Forderungen ausgesperrt worden. In der Bremer Metallindustrie einschließlich der Aktiengesellschaft Weser sind etwa 6000 Metallarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. — Eine aus dem ganzen hannoverschen Land zahlreich besuchte Generalversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei beschloß am Sonntag in Hannover die sofortige Einziehung des Antrags auf Abstimmung zwecks Trennung Hannovers von Preußen. — Die drei Reichstagsabgeordneten von Gräfe, Henning und Wulle, deren Fraktionszugehörigkeit, wie gemeldet, von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion aufgehoben worden ist, haben sich beim Reichstagsbüro als völkische Gruppe der Deutschnationalen angemeldet. — Der Zinsfuß der Darlehenskassen beträgt ab heute bis auf weiteres für Vorzugsdarlehen 10½, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher Wertpapiere einschließlich der unverzinslichen Schatzanweisungen 11 Proz. und für Darlehen gegen Verpfändung von Aktien und dergleichen sowie Waren 12 Proz.

Hamburg, 13. Nov. Heute brach auf dem norwegischen Dampfer „King Erich“ Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit von der Mannschaftskajüte aus, wo es wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit entstand, ausbreitete. Bisher werden 3 Mann der Besatzung als tot gemeldet. Die Feuerwehr und ein Löschboot traten mit 3 Röhren in Tätigkeit.

Hamburg, 13. Nov. Wie ein Mittagsblatt meldet, werden außer den entdeckten Erdölquellen in der Lüneburger Heide jetzt auch im Landkreis Hamburg in 350 bis 400 Meter Tiefe Erdölquellen angetroffen. Die Bohrungen melden Erdöl in erheblicher Menge fest. Die Quellen befinden sich in Sattorf in der Nähe des Salzhorstes, was zu der Erwartung auf eine erfolgreiche Fortsetzung der Untersuchungen berechtigt.

Breslau, 13. Nov. Die beiden 20 und 22jährigen Söhne des Obstgroßhändlers Winkler wurden heute morgen in ihren Betten erschossen aufgefunden. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß der jüngere den älteren Bruder durch einen Revolverschuß von oben her in den Kopf und dann sich selbst durch einen Schuß in die Stirn getötet hat.

London, 13. Nov. Nach einer Washingtoner Meldung erklärte Harding am Waffenstillstandstag in einer Rede, die Vereinigten Staaten seien sich jetzt klar darüber, daß sie sich den Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nicht entziehen könnten, die ihnen als Mitglied der Gemeinschaft der Nationen obliegen.

Herabsetzung der Getreideumlage für Württemberg.

Stuttgart, 13. Nov. In der heutigen Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer teilte Ernährungsminister Haußmann mit, daß am Samstag dem von der württ. Regierung bei der Reichsregierung gestellten Gesuch um Herabsetzung der Getreideumlage stattgegeben sei. Das Umlagesoll für Württemberg sei von 35 000 Tonnen auf 22 000 Tonnen, also um rund 37 Prozent herabgesetzt worden. Eine neue Unterverteilung werde sofort in die Wege geleitet.

Wilde Streiks im rheinischen Industriegebiet.

Köln, 13. Nov. Die Ausschreitungen, die am Freitag abend im Vorort Kalk begonnen haben, sind am Samstag fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages auch auf die Vororte Mülheim und Ehrenfeld übergegriffen. In einzelnen Geschäften wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit blanker Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab u. a. ein Polizeiwachtmeister, den die Menge vom Pferd reißen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Ein anderer berittener Beamter wurde mit dem Messer angegriffen. Einzelne Teilnehmer riefen „Hunger“ und bedrohten die Beamten. Schließlich wurde die Menge zerstreut. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Düsseldorf, 13. Nov. Heute vormittag wurde eine Reihe weiterer industrieller Betriebe von auswärts eindringenden Arbeitern stillgelegt. Es handelt sich um einen wilden Streik, der von den Gewerkschaften nicht gebilligt wird. Von Werk zu Werk ziehen Trupps und zwingen die Arbeiter zum Feiern. Eine kommunistische Versammlung am Hindenburgwall wurde von der Polizei verhindert. Heute nachmittag drangen in die Geschäfts- und Druckereiräume des „Düsseldorfer Tageblatts“ eine Anzahl Kommunisten, meist halbwüchsige Burschen, ein und erzwangen die Stillegung des Betriebs. In den Druckereiräumen wurden einige Setzkästen umgeworfen. Die Zeitung konnte nicht erscheinen. Nach einer Viertelstunde zog der Trupp wieder ab. Heute nachmittag ist es zu weiteren Ausschreitungen der streikenden Arbeiter gekommen. Zahlreiche Trupps zogen zu den Werken und zwangen die Arbeiter teilweise, die Fabriken zu verlassen. Sie begnügten sich nicht wie heute vormittag mit der Stillegung von Eisenwerken, sondern erstreckten ihre Tätigkeit auch auf andere Betriebe. Die Straßenbahn wurde zum Teil ebenfalls stillgelegt. Um 6 Uhr nachmittags wollten die Streikenden öffentliche Versammlungen abhalten, die jedoch von der Polizei verboten wurden.

Berlin, 14. Nov. Blättermeldungen aus Köln zufolge nahmen gestern die Teuerungskrawalle in den Vororten Kölns ihren Fortgang. In Ehrenfeld verletzte die von der Menge angegriffene Polizei mehrere Personen durch Schüsse und Säbelhiebe. Der Vorsitzende des kommunistischen Kontrollausschusses wurde von der Besatzungsbehörde verhaftet.

Der Brief Stresemanns an Dr. Wirth.

Berlin, 13. Nov. Dr. Stresemann hat heute an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Unter Bezugnahme auf die von Ihnen mit Vertretern unserer Fraktion am Samstag, den 11. d. Mts., geführten Verhandlungen teile ich Ihnen im Auftrag unseres Fraktionsvorstandes folgendes mit:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, die Kräfte der Partei für ein positives Zusammenwirken auf breiter Basis zur Verfügung zu stellen, wenn eine Uebereinstimmung über die Grundlagen der Außenpolitik über die angesichts der jetzigen Situation nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen und über die innerpolitischen Fragen sich erzielen läßt. Auf dieser Grundlage sind die Verhandlungen geführt worden, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und mit der Vereinigten Sozialdemokratie in den letzten Wochen stattgefunden haben. Aus dem Bericht des „Vorwärts“ Nr. 264 ersehen wir, daß die Vertreter der Sozialdemokratie bei den vor unserem Zusammensein geführten Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Deutschen Volkspartei und damit große Koalition unmöglich sei“. Diese Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie war uns bei den mit Ihnen, Herr Reichskanzler, geführten Verhandlungen nicht bekanntgegeben. Wir hätten sonst bereits bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Benennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Aemter in einem umzubildenden Reichsministerium von uns abgelehnt werden müsse, wenn diese von uns vorzuschlagenden Persönlichkeiten damit gewissermaßen als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden. Wir verlangen von denjenigen Parteien, mit denen wir zusammen arbeiten sollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuwirken, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reichs nicht mehr länger andauern darf, endlich beendet werden kann. Die Schaffung klarer Verhältnisse ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können daher nicht die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums übernehmen, das diese Erfordernisse nicht erfüllt.“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Fraktionsvorstand: i. A. gez. Dr. Stresemann.

Um die Regierungsumbildung.

Berlin, 13. Nov. Mehreren Blättern zufolge beschloß der Vorstand der Deutschen Volkspartei, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß er nicht in der Lage sei, sich an den Verhandlungen über die Regierungsumbildung weiter zu beteiligen. Für die Deutsche Volkspartei komme nur eine offizielle oder gar keine Beteiligung an der Regierungskoalition in Frage. Der Parteivorstand will deshalb auch dem Reichskanzler keinerlei Vorschläge über die Besetzung der freien Sitze im Kabinett machen. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ hat die durch die ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei geschaffene Lage in Zentrumskreisen trotz aller Bedenken den Gedanken einer Auflösung des Reichstags und der Ausschreibung von Neuwahlen auftauchen lassen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ will wissen, daß man auch in sozialdemokratischen Kreisen mit diesem Gedanken umgehe.

Berlin, 14. Nov. Ueber den Stand der Kabinettsfrage erfährt das WTB. folgendes: Der Reichskanzler hatte gestern nachmittag die Vertreter der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, zu sich gebeten, um mit ihnen die politische und parlamentarische Lage zu besprechen. Er stellte an die Parteien der Arbeitsgemeinschaft die von der Sozialdemokratie angeregte Frage, ob sie die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die neu zu bildende Regierungskoalition forderten. Nachdem die anwesenden Parteivertreter teils im Namen ihrer Fraktionen, teils für sich persönlich diese Frage bejaht hatten, erklärte der Reichskanzler, daß er nunmehr diesem Wunsch der Arbeitsgemeinschaft sich anschließen und der Vereinigten sozialdemokratischen Partei alsbald von dieser Sachlage Kenntnis geben werde.

Die sozialdemokratische Fraktion war ebenfalls zu einer Sitzung zusammengetreten und teilte in einer später einberufenen interfraktionellen Sitzung mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als Ergebnis ihrer Beratungen folgendes mit: Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der inneren und äußeren Politik festhält und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erblickt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Forderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.

Auf Grund der so entstandenen Lage werden die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den für die Kabinettsbildung in Betracht kommenden Parteien heute weitergeführt.

Berlin, 14. Nov. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ ist man sowohl in demokratischen als auch in Zentrumskreisen der Ansicht, daß der sozialdemokratische Fraktionsbeschluß die Grundlage für neue Verhandlungen bilden kann und daß durchaus die Möglichkeit besteht, die große Koalition zustandezubringen. Der „Vorwärts“ dagegen ist außerordentlich pessimistisch. Er spricht von einer schweren Krise und schreibt: Unsere Prophezeihung, wir schienen dem großen Krach näher zu sein als der großen Koalition, beginnt sich in unheimlicher Weise zu bewahrheiten. Will man die Unterstützung der Sozialdemokraten, so muß man sich dazu bequemen, sachliche und persönliche Garantien dafür zu geben, daß eine Politik getrieben wird, die mit den Auffassungen der Sozialdemokratie von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes vereinbar ist.

Befristete Forderung auf den Regierungseintritt der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. Nov. Die in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien haben der Sozialdemokratie soeben im Reichstag durch den Reichskanzler mitteilen lassen, daß sie den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung verlangten. Sie ersuchen die sozialdemokratische Partei um entsprechende Entscheidung bis heute abend 8 Uhr. Der Reichskanzler hat sich dem Ersuchen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

England wünscht sofortige Vorbesprechungen mit Poincare in London.

Lausanne, 13. Nov. Poincare hat die Verschiebung der Eröffnung der Lausanner Orientkonferenz auf den 20. November, wie bereits gemeldet, schließlich angenommen, weil die Engländer gerade heraus erklärten, daß sie solange keine Delegierten nach Lausanne entsenden würden, bis eine interalliierte Besprechung stattgefunden habe, der Poincare gern aus dem Weg gehen wollte, um in Lausanne möglichst das Amt eines Schiedsrichters spielen zu können. Poincare hat nun in einer Note der englischen Regierung vorgeschlagen, daß Lord Curzon am Samstag nach Paris kommen solle, um sich dort mit ihm zu besprechen. Er würde dann mit Lord Curzon für einige Tage nach Lausanne fahren, um dort noch mit Mussolini zu konferieren. Die englische Regierung hat aber den Quai D'Orsay bereits in einer neuen Note wissen lassen, daß sie auf einer sofortigen Einigung der Alliierten über die Hauptpunkte der Friedensbedingungen bestehen müsse und daher Poincare vorschlage, am morgigen Dinestag oder Mittwoch nach London zu kommen. Welche Entscheidung Poincare treffen wird, ist noch nicht bekannt.

Das Erdbeben in Chile.

Santiago de Chile, 13. Nov. Das Erdbeben hat mindestens 1000 Opfer gefordert. Mehrere tausend Personen sind obdachlos und ohne Lebensmittel. Außer der großen Zahl der Opfer von Copiapo und Coquimbo sind 500 Tote in Vallenar zu beklagen. Diese Gegend ist völlig verwüstet worden. Auch in den südlichen Städten, aus denen bisher noch keine Nachrichten vorliegen, sind höchstwahrscheinlich Opfer zu beklagen. Die Bewegung des Meeres wurde auf über 1200 Meilen Entfernung, von Antofagasta bis Valdivia, verspürt.

Berlin, 13. Nov. Der deutsche Gesandte in Santiago de Chile ist beauftragt worden, dem Präsidenten der chilenischen Republik aus Anlaß des Erdbebenunglücks die Anteilnahme des Reichspräsidenten und der deutschen Regierung auszusprechen. Dem hiesigen chilenischen Gesandten hat der Reichskanzler einen Beileidsbesuch abgestattet.

Die **größte Auswahl** in
Kinderwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerrennerstrasse und Baumstrasse.

Neuenbürg.
Kaufe
und zahle für schöne **Kaninfelle** 200 Mk. und mehr zum Selbstverarbeiten, sowie für **alle anderen Felle** ständig erhöhte Preise.
Dietrich.

Wenn
man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige im „Enztäler“
Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert Erfolg.
Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle ds. Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Regelung des Verkehrs mit Zuckers.

Für das Betriebsjahr 1921/23 ist:
a) die Reichsverordnung über den Verkehr mit Zucker vom 3. Oktober 1922 (RGBl. I S. 762) sowie
b) die Verfügung des württ. Ernährungsministeriums dazu vom 26. Oktober 1922 (Staatsanzeiger Nr. 252)

maßgebend. Ein Sonderabdruck des Staatsanzeigers Nr. 252 ist den Ortsvorstehern zugestellt worden.

Die **Ortsvorsteher** werden angewiesen, diese Bestimmungen auf den Rathäusern zur öffentlichen Einsicht aufzulegen und auf ortsübliche Weise darauf hinzuweisen, auch den mit der Durchführung betrauten Gemeindebeamten die genaue Einhaltung der Bestimmungen zur Pflicht zu machen.

Im Wesentlichen gilt Folgendes: Die Verteilung des Verbrauchszuckers erfolgt durch die Landesversorgungsstelle im Benehmen mit dem Handel. Die Unterverteilung an die Verbraucher besorgt der Kleinhandel auf Grund von Zuckerkarten mit Bestellabschnitten, die durch Vermittlung des Kommunalverbands und der Gemeinden ausgegeben werden. Der Verbraucher hat den Bestellabschnitt dem Kleinhändler, bei dem der Zuckerbedarf gedeckt werden will, zu übergeben, welcher dem Bezugsberechtigten auf den zur Einlösung kommenden Zuckermarken den Empfang des Bestellabschnitts durch Stempelaufdruck oder sonstwie zu bescheinigen hat. Der Kleinhändler übergibt die gesammelten Bestellabschnitte dem (Stadt-)Schultheißenamt seiner Gemeinde, das ihm sein Zuckerbezugsrecht bescheinigt. Diese Bescheinigungen werden durch den Großhandel eingelöst. Der Aufruf der einzelnen Zuckermarken und die Bestimmung ihres Einlösungswertes erfolgt durch den Kommunalverband. Zunächst ist ein Kilogramm Mundzucker pro Kopf und Monat vorgesehen. Der markenfreie Verkauf des behördlich verteilten Zuckers, sowie das Abhängigmachen der Zuckerabgabe vom Zukauf anderer Waren ist verboten und strafbar.

Im Einzelnen wird noch folgendes angeordnet:

1. Die örtlichen Kartenabgabestellen haben die Listen über die Bezugsberechtigten unverzüglich anzulegen und unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge pünktlich fortzuführen. Für die Feststellung der Zahl der Bezugsberechtigten wird die Bevölkerungsfortschreibung zu Grunde gelegt.
2. Die von dem Bezugsberechtigten an die Zuckerlieferanten zunächst abzugebenden Bestellabschnitte gelten jeweils für 4 Monatsmarken, es ist sonach jeder Bezugsberechtigte jeweils für 4 Monate an den gleichen Lieferanten gebunden. Erst nach Ablauf von 4 Monaten kann der Lieferant gewechselt werden. Die Zuckerkarten sind auf 1 Jahr ausgestellt.
3. Die Befugnis zur Ausstellung der Bescheinigungen an die Kleinhändler über ihr Zuckerbezugsrecht (§ 5 Absatz 1 der Verfügung des Ernährungsministeriums vom 26. 10. 22) wird auf die Gemeinden übertragen. Die Vordrucke dazu werden vom Kommunalverband geliefert.

Die Kartenabgabestellen haben pflichtgetreu darüber zu wachen, daß nur für soviel Bestellabschnitte von Zuckerkarten Bescheinigungen erteilt werden, als Bezugsberechtigte in der Gemeinde vorhanden sind. Zum Zweck der Kontrolle ist über die erteilten Bescheinigungen ein fortlaufendes Verzeichnis zu führen unter Angabe von: Name des Kleinhändlers, Zahl der Bestellabschnitte, angewiesene Zuckermenge. Die Geschäftsstelle des Kommunalverbands und die Großhändler haben an Hand der Bevölkerungsziffer genaue Kontrolle zu üben.

Neuenbürg, den 13. November 1922.

Kommunalverband:
Wagner.

Höchstpreise für Brot.

Das Fortschreiten der Geldentwertung und damit die Preissteigerung auf allen Gebieten, insbesondere beim Arbeitslohn und den Materialien des Bäckergewerbes macht eine Erhöhung des Brotpreises notwendig. Dieser wird mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle mit Wirkung vom **15. November 1922** an erhöht

auf 52.— Mk. für ein Hausbrot zu 1000 Gramm,
auf 26.— Mk. für ein Hausbrot zu 500 Gramm.

Die Mehl-Groß- und Kleinhandelspreise bleiben unverändert.

Neuenbürg, den 13. November 1922.

Kommunalverband:
Wagner.

Wohnungs-Abgabe für 1921.

Die Gemeindebehörden werden hiemit aufgefordert, die zur Feststellung des Wohnungsabgabe-Sollbetrages für jede Gemeinde notwendigen Verzeichnisse **umgehend** hierher vorzulegen (vgl. § 31, Abs. 2 V.V. zum Wohn.-Abg.-Ges. und Min.-Erl. vom 16. 8. 22, Staatsanz. Nr. 192.)

Neuenbürg, den 13. November 1922.

Oberamt:
Wagner.

Vereinigte Schneiderinnen
Neuenbürg

haben ihre Preise der Teuerung entsprechend erhöht.
Tarif liegt bei jeder Schneiderin auf.

Amerika-

nische 1a Lederjackwesten, vorzügl. erhalten, dunkel oder hellbraun, mit prima Wollfütterung, für Landwirte, Jäger und Sportleute, sowie für jeden Beruf im Freien, beste Schutzkleidung gegen Kälte, Wind und Regen 2700, 3000, 3600, 4000.—, Lederjoppen, gefertigt aus amerik. Lederjackwesten, sehr gut aussehend, vorzügl. warmhaltend 13000, 15000.—, Leder-Glanztuchmäntel 15000.—, Leder-Glanztuchjoppen 12000, Pelerinen 8500.—, Wetter-Regenmäntel, sogen. franz. Oeltuchmäntel 3000, 3600, 4000.—, Wetter-Regenmäntel, sogen. schwarze Oeltuch-Glanzmäntel, vorzügl. aussehend, für Landwirte, sowie für jeden Beruf im Freien unentbehrlich 10000.—, Gummi-Regenmäntel, erstklassiges Fabrikat 13500, 15000.—, Jagd-Lodenmäntel 13000, 15000.—, Rucksäcke, gefertigt aus ganz starkem Mil.-Segeltuch mit Leder-Tragriemen und aufgesetzter Tasche nur 2500.—, Schlauch-Wickelgamaschen, Farbe grünlich 200.—, amerik. Khaki-Wickelgamaschen, etwas gebr., jedoch vorzügl. erhalten, S. I 100.—, S. II 70.— Mk.

Jagd- und Sport-Anzüge, Joppen,

Genua-Cord-Samtmanchester-Sportanzüge, das Beste vom Allerbesten 28000.—, Sportanzüge aus 1a amerik. Reitcord, kaffeebraun 15000.—, aus 1a Zwirn-Reitcord, dunkel- oder hellbraun 13000.—, Sportanzüge aus braunem 1a starkem Offiz.-Trikotloden 20000.—, aus engl. Woll- od. Bayer.-Lodenstoffen 20000.—, Jagd-Sportjoppen aus 1a Genua-Cord-Samtmanchester oder bestem Offiz.-Trikotloden 17000.—, aus 1a Woll- oder starken Samtmanchesterstoffen 15000.—, Wirtschafts-Joppen aus guten Woll- oder feldgrauen Kommißtuchstoffen 10000.—, einfache Wirtschafts-Joppen mit oder ohne Mufftaschen 7000.—, 8000.—, Einheits-Winter-Wirtschaftsjoppen mit oder ohne Mufftaschen 5300.—, 6000.—, 6700.—.

Offiz.-Breeches- oder Reitstiefelhosen, Arbeits-Strapazier- und lange Hosen.

Sport-Breeches aus 1a gemusterten Woll-Reitcord 17000.—, 20000.—, aus prima gemusterten Wollstoffen 13000.—, 15000, aus bestem, starkem Samtmanchester 10000.—, Breeches aus 1a amerik. braunem Reitcord, unverwüstliche Qualität 8000.—, aus 1a starkem Zwirn-Reitcord, dunkelbraun 7000.—, aus bestem feldgr. Kommißtuchstoff 5000.—, 5700.—, Reitstiefelhosen, aus 1a feldgr. Kommißtuchstoffen mit Reitbesatz 8500.—, 10000.—, Genua-Cord-Samtmanchester-Arbeitshosen 8500.—, starke Samtmanchesterhosen 7000.—, Arbeitshosen aus bestem feldgr. Kommißtuch (Reichsware) 4300.—, 5000.—, Arbeitshosen, sogen. engl. Leder-Strapazierhosen 3000.—, 4000.—, 4700.—, Arbeitshosen, sogen. schwarze Eisenbahnerhosen 4000.—, 4600.—.

Reit- u. Schaftstiefel, Sport- u. Straßenschuhe.

Gutsbesitzer- u. Inspektor-Reitstiefel 24000.—, Reitstiefel aus 1a Rind-Kernleder gefertigt 20000.—, Kav.-Reitstiefel (kein Militär) 18000.—, Kropstiefel, welche vollkommen Kav.-Stiefel ersetzen, 10500.—, ¾-Schaftstiefel mit prima Kernleder-Doppelsohle 15000.—, Schaftstiefel, sogen. Justr.-Schaftstiefel 12000.—, Strapazier-Schnürschuhe, eigenes Fabrikat, gefertigt aus bestem Rind-Kernleder 5600.—, 6000.—, Herren-Sport-Schnürschuhe, gelb oder braun, 1a haltbare Straßenschuhe 6400.—, 7000.—, 7600.—, Herren-Sport-Schnürschuhe (Derbyform), schwarz oder dunkelbraun 10600.—, Jagd-Schnürstiefel mit starker Doppelsohle und fester Wasserlasche 20000.—, Jagd-Pirschschuhe, ca. 25 cm hohe Schäfte mit durchgehender prima 1a Kernsohle, S. 1 mit Gummibenagelung 22000.—, S. 2 nur mit prima 1a Kernsohle 20000.—, Jagdschuhe ebenfalls mit ca. 25 cm hohen Schäften, gefertigt aus bestem 1a Rind-Kernleder 13000.—, Tourenschuhe, 1a Luxus-Verarbeitung, mit starker durchgehender Doppelsohle 14000.—, Damen- und Herren-Halbschuhe, braun, 1a Luxus-Verarbeitung, wundervoll aussehend, Damenschuhe 12000.—, Herrenschuhe 14000.— pro Paar. Zweischnallenstiefel, sogen. Holzschuhe, aus 1a Kernleder, mit guter Filzisolierung, in sauberer, solider Ausführung 2000.—, 2300.—, 2500.—, 2750.—, 3000.—, je nach Größe. Diese Zweischnallenschuhe schützen vor jeder Erkältung, da dauernd warmen Fuß und daher unentbehrlich. Zweischnallen-Gummistiefel, ebenfalls für Kälte, Nässe unentbehrlich, etw. gebr. 1750.—, 2000.—, 2300.—, neue 3600.—, 3800.—, 4000.—, je nach Größe.

Wollwaren, Wäsche, Strümpfe.

Prima 1a gestrickte Herren-Sport-Jagdwesten mit Aermel 6300.—, 7000.—, 7800.—, warme Herren-Einheits-Unterziehstrickjacken 2300.—, 1350.—, 3000.—, Trikothemden 3000.—, Unterhosen 2400.—, Barchenthemden, Einheitswäsche sowie reinwollene Strümpfe, Herrensocken, Faust- und Fingerhandschuhe äußerst preiswert. Sport-Jagd-Stutzen, prima Qualität, in grünlich melierten Farben, halbwollene 1300, 1500, 1700, reinwollene 2000, 2300, 2500 Mk. Preisliste franko.

Koltermann, **größtes Versandhaus** für den gesamten Landwirtsbedarf, Jagd-, Sport- und Berufskleidung, **Berlin-Lichtenberg**, Wtbg. 12, Möllendorffstr. 94, unweit Stadtbahnhof Frankf. Allee. (Ins. W. 18.)

Anmerkung: Versand erfolgt unter Postnachnahme, zuzügl. ⅔ Versandspesen. Ueber 10000 Mk. portofrei. Umtausch anstandslos. Angebote stets freibleibend. Preise gelten nur für vorhandene Waren. Mengen-An- und Angabe vorbehalten. Aufträge werden der Reihenfolge des Einganges nach erledigt. Bei Bestellung Brustumfang, Kopfweite, Schrittlänge angeben, bei Stiefel Mil.- oder Zivilmaß.

Sie kaufen gute Qualität wenn **Pilo** auf der Dose steht

Neuenbürg.
Kohlraben

hat abzugeben
Ernst Ochner sen.,
Handelserlaubnis v. 15. 8. 19.

Spurlos verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Blütchen, Mitesser usw. durch täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul
Zu haben i. d. Apoth., Drog. u. Parfümerie

In Neuenbürg: A. Lastanaer Nfg., Karl Mahler, Seifensiederei.

Kontorist oder Kontoristin,

erfahren in Stenographie, Maschinenschreiben und allgem. Büroarbeiten, von Heilanstalt in Dauerstellung gesucht. Ausführl. Bewerbungen mit Zeugnisabschr., Angabe des frühmöglichen Eintritts und der Gehaltsanspr. bei völlig freier Station unter Nr. 75 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Zum **Besuch von Viehbesitzern** werden Leute mit gutem Ruf, welche dort bekannt sind, zum

Verkauf von Futterkalk

gesucht. Kriegsinvalide und Radfahrer bevorzugt.

Angebote an **Postfach 2** in **Peißenberg** Obb.

Birkenfeld.
Zugelaufen

ein **roter Hund.** Abzuholen innerhalb 8 Tagen bei
G. Etzel.

Konto-Büchlein
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Ein schönes, etwa 10jähriges

Pferd
(Wallach)

ist sofort zu verkaufen; ferner

Schwemmsteine, Tonrohre und größere Mengen Portlandzement.

Karl Etzel, Baugeschäft, **Wildbad,**
Ludwig Seegerstraße 22.

Waldrennach.
Ein Poliseussen-Lehrmädchen

und ein

Ziehband-Lehrmädchen

können sofort eintreten bei
Heinrich Grau.

Neuenbürg.

Offeriere zum billigsten Tagespreis nur gegen Barzahlung

Spezialweißmehl Nr. 0,
Brotmehl Nr. 3,
Gerstenmehl, Welschkornmehl,
Weizen-Nachmehl und Weizen-Kleie.

Karl Scholl, Mehlhandlung,
Telefon 117.

Arnbach.
Zugelaufen

ein **Schnauzer.**
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 3 Tagen bei
Friedrich Wieland.

Wildbad.
Zugelaufen

großer schwarzer **Hund**
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld
Laienbergstraße 247.

Visitenkarten

liefert rasch und billig
die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw